

Antrag

der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Michael Müller (Düsseldorf), Wolfgang Roth, Ottmar Schreiner, Brigitte Schulte (Hameln), Gerd Andres, Ursula Burchardt, Freimut Duve, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Konrad Elmer, Renate Jäger, Regina Kolbe, Dr. Klaus Kübler, Robert Leidinger, Markus Meckel, Adolf Ostertag, Wolfgang Thierse, Gunter Weißgerber, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Zukunftsinvestitionsprogramm „Ökologische Modernisierung statt Arbeitslosigkeit“ für die neuen Bundesländer

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zum Nachtragshaushalt 1993 ein Zukunftsinvestitionsprogramm „Ökologische Modernisierung statt Arbeitslosigkeit“ (ZIP) für die neuen Bundesländer vorzulegen. Ziele dieses Programms sind die Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern und die Verwirklichung der ökologischen Einheit. Das ZIP umfaßt Investitionsmaßnahmen zur ökologischen Modernisierung der Infrastruktur sowie zur Sanierung der Umwelt mit einem Fördervolumen von 10 Mrd. DM jährlich bei einer Laufzeit von zehn Jahren.

Die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Nettokosten des Programms liegen unter dieser Summe: Aufgrund der positiven Effekte, die von diesem Zukunftsinvestitionsprogramm auf wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung ausgehen werden, werden sich die notwendigen Sozialtransfers vermindern, wodurch die öffentlichen Haushalte partiell entlastet werden.

Um die Infrastrukturinvestitionen auch in der Anfangsphase des ZIP zu beschleunigen, wird zunächst an die Investitionspauschale für Städte und Gemeinden angeknüpft, die auch auf nachgeordnete Einrichtungen und freie Träger übertragen werden kann. Sie wird schrittweise je nach Planungsfortschritt zugunsten einer projektbezogenen Förderung abgebaut.

- A. Im Rahmen des ZIP sollen aus den in den folgenden Abschnitten genannten ökologischen Infrastruktur-Projekten Schwerpunkte gebildet und gefördert werden, wobei Präferenzen für ostdeutsche Produktionen und Dienstleistungen geschaffen

werden sollen. Das Programm soll gewährleisten, daß 50 vom Hundert der Wertschöpfung in den neuen Ländern geleistet werden.

1. Gewässerschutz

- Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung müssen die völlig veralteten Wasseraufbereitungsanlagen und undichten Wasserversorgungsnetze saniert oder neu gebaut werden. Es sind solche dringend notwendigen Investitionen zu fördern, die der Bevölkerung in den neuen Bundesländern gutes und gesundes Trinkwasser in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen. Die entsprechenden Titel aus dem Programm „Aufschwung Ost“, das 1992 ausgelaufen ist, sind fortzuführen ggf. aufzustocken. Im letzten Bericht des Bundesministeriums für Gesundheit wird dafür ein Sanierungsbedarf von insgesamt 21 Mrd. DM geschätzt.
- Zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers sind die kommunalen Kläranlagen und Kanalisationsnetze dringend zu modernisieren bzw. neu zu bauen. Allein in den Trinkwasserschutzgebieten ist hierfür ein Sanierungsbedarf von 10 Mrd. DM geschätzt worden. Zur Entlastung kommunaler Kläranlagen von schwer- bzw. nichtabbaubaren Schadstoffen müssen Vermeidungsmaßnahmen bei industriellen und gewerblichen Nutzern der Kanalisation gefördert werden.
- Maßnahmen zur Abwehr von Bodenerosion und Überschwemmungen, zum Küstenschutz und zum Sanierungsprogramm der Elbe.

2. Abfallwirtschaft und Altlasten

- Bei der Umstrukturierung der Wirtschaft und der Einführung von modernen Produktionsverfahren ist der Abfallvermeidung besondere Priorität zu geben.
- Ausbau von Recyclingeinrichtungen zu Technologiezentren z.B. bei der Kunststoffverwertung oder beim Recycling von Sondermüll. Zu den erforderlichen Maßnahmen gehören: Anschubfinanzierung, Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Recyclingtechnologien sowie Markteinführungshilfen für Recyclingprodukte.
- Sanierung kontaminierter Industrie- und Gewerbeflächen sowie agrochemischer Zentren; Untersuchung, Gefährdungsabschätzung und Prioritätensetzung; Einleitung von Sicherungsmaßnahmen; Unterstützung von Bodensanierungszentren.
- Erfassung der Altlasten auf ehemaligen Liegenschaften der sowjetischen Streitkräfte und der NVA sowie Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung, Gefahrenabwehr und Sanierung.

3. Rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung sowie Energieeinsparung

- Sanierung und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung mit Nah- und Fernwärme

Über 20 vom Hundert der Wärme werden in Ostdeutschland mit Nah- und Fernwärme erzeugt. Die Anlagen sind sanierungsbedürftig und müssen, wo möglich, auf Kraft-Wärme-Kopplung umgestellt werden.

Nach dem Vergleich im Stromstreit wird endlich der Aufbau eigenständiger Stadtwerke möglich. Weit über 100 Gemeinden werden mit eigenen Stadtwerken ökologisch moderne Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen aufbauen. Sie brauchen öffentliche Hilfen, um rasche Fortschritte zu erzielen, nachdem ihnen die Bundesregierung bisher die Stadtwerksgründung erschwert hat.

Mittels Zinszuschüssen bzw. Investitionshilfen von 20 vom Hundert der zu tätigenen Investitionen lassen sich zahlreiche teilweise bereits begonnene oder planreife Projekte zügig beginnen. Hierfür werden etwa 500 Mio. DM/Jahr benötigt.

- Energieeinsparung in Gebäuden

In Ostdeutschland liegt der spezifische Energieverbrauch etwa doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Eine langfristige Energieeinsparung ist aus Gründen knapper Ressourcen und des Klimaschutzes nötig und ökonomisch sinnvoll.

In Ostdeutschland ist nur ein ganz geringer Teil der gut sieben Mio. Wohnungen bereits modernisiert und mit Energiesparmaßnahmen saniert worden. Auch die gut zwei Mio. Wohnungen in Plattenbauweise haben Energiesparmaßnahmen nötig.

Bei einem Zuschuß von durchschnittlich 20 000 DM pro Wohneinheit für Energiesparmaßnahmen wird der jährliche Bedarf auf etwa 600 Mio. DM geschätzt.

4. Ökologische Verbesserungen im Verkehrssystem

- Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs: Damit vor allem Städte und Innenstädte wieder lebenswert werden, müssen einerseits die öffentlichen Verkehrsmittel in ihrer Attraktivität gesteigert und andererseits der innerstädtische Autoverkehr begrenzt werden. Entsprechende Investitionsmaßnahmen für Bau und Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur und zur Beschaffung und Modernisierung von Fahrzeugen des ÖPNV sind aus dem ZIP zu unterstützen. Neben den direkten Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV gehören dazu die Förderung des Baus von durchgehenden Radwegenetzen und Park-and-Ride-Systemen sowie von weiteren Maßnahmen, die für eine umwelt- und

sozialverträgliche Gestaltung des Verkehrsaufkommens in den Innenstädten notwendig sind.

- Einrichtung von Busspuren und Gleisen auf gesonderten Trassen.
- Schaffung verkehrsberuhigter bzw. geschwindigkeitsbeschränkter Zonen in den Städten (Wohn- und Spielstraßen, Tempo-30-Zonen);
- Aufbau von Güterverkehrszentren: Durch Kooperationen im Güterverkehr muß der Lkw-Verkehr in Ballungsräumen spürbar vermindert werden. Entsprechende Kooperationen helfen, Straße und Schiene zu einem ökonomisch und ökologisch intelligenten Gesamtsystem zu verknüpfen, und sollten deshalb gefördert werden.

5. Naturschutz und ländlicher Raum

- Bereitstellung von zusätzlichen Bundesmitteln für die Einrichtung und Unterhaltung von Nationalparks, Naturschutzgebieten und Biosphären-Reservaten;
- Förderung regionaler Entwicklungskonzepte für den ländlichen Raum, die umweltverträgliche Landwirtschaft, Dorferneuerung und „sanften“ Tourismus einschließen.

B. Beschäftigungspolitische Ziele

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Beschäftigung in den neuen Bundesländern zu erhöhen; auch die Voraussetzungen für Innovation und Investitionen werden verbessert.

Innerhalb der Infrastrukturinvestitionen des ZIP können die Kommunen Projektanteile vergeben. Voraussetzung dafür ist deren Einbindung in die hier aufgeführten infrastrukturellen Ziele.

Arbeitsförderungsgesellschaften und gemeinnützige Träger können Aufträge erhalten, insbesondere wenn sich für sie dadurch die Möglichkeit der Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmer sowie der Neugründung von Unternehmen ergibt.

Die Förderkonditionen des Programms müssen derart ausgestaltet sein, daß auch Kommunen mit knapper Finanzausstattung nicht von der Teilnahme ausgeschlossen bleiben.

C. Finanzierung

Die Finanzierung muß im Rahmen des Solidarpakts gesichert werden. Dazu hat die SPD neben notwendigen Einsparungen Einnahmeverbesserungen vorgeschlagen, insbesondere durch

- Einführung einer Arbeitsmarktabgabe und
- die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags in Form einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende.

Darüber hinaus müssen im Rahmen einer Reform des Steuersystems unter ökologischen Gesichtspunkten eine Erhöhung der Mineralölsteuer sowie im europäischen Rahmen die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer erwogen werden.

Bonn, den 5. Februar 1993

Rolf Schwanitz
Michael Müller (Düsseldorf)
Wolfgang Roth
Ottmar Schreiner
Brigitte Schulte (Hamel)
Gerd Andres
Ursula Burchardt
Freimut Duve
Hans Gottfried Bernrath
Dr. Konrad Elmer

Renate Jäger
Regina Kolbe
Dr. Klaus Kübler
Robert Leidinger
Markus Meckel
Adolf Ostertag
Wolfgang Thierse
Gunter Weißgerber
Dr. Peter Struck
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

Die deutsche Einheit ist Herausforderung und Chance zugleich.

Die Verwirklichung der Einheit bietet die Möglichkeit, Staat und Gesellschaft zu modernisieren und eine Wende zu wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Reformen einzuleiten. Das Ende der Ost-West-Konfrontation hat den Weg freigemacht, Friedenssicherung, Entwicklung des Südens und Umweltschutz mit global vereinten Kräften anzugehen. Diese Chancen sind bisher nicht genutzt worden.

Zur umweltverträglichen Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft müssen wir

- weg vom aussichtslosen Stopfen immer größerer Löcher,
- hin zu einem ökologischen Zukunftsprogramm.

Es ist notwendig, die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft ins Zentrum des Neuaufbaus der östlichen und des Umbaus der westlichen Bundesländer zu stellen. Ein weiteres Anwachsen der öffentlichen Verschuldung kann jedoch nicht in Frage kommen; eine fatale Konkurrenz zwischen den sozialen und ökologischen Ausgabeprioritäten wäre die Folge.

Statt dessen müssen eine Arbeitsmarktabgabe und ein Solidaritätszuschlag in Form einer Ergänzungsabgabe eingeführt sowie im Rahmen eines ökologischen Gesamtkonzepts die Benzin- und Energiepreise langsam, aber stetig angehoben werden. Die hier angeregte Mineralölsteuererhöhung ist in diesem Konzept ein erster Schritt.

Zur Verwendungsseite:

- a) In den neuen Bundesländern besteht ein dringender Bedarf nach Investitionen im Bereich der ökologischen Modernisierung wie Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft, des Naturschutzes und des Gewässerschutzes und im Bereich der Energieeinsparung und der ökologischen Sanierung. Die für diese

Verwendungen vorgesehenen Mittel im Rahmen des Aufschwung-Ost-Programms 1991 und 1992 konnten in einigen Bereichen Verbesserungen anstoßen. Durch die beschlossenen Mittelkürzungen bzw. Streichungen im Haushalt 1993 werden alle erzielten Verbesserungen wieder aufs Spiel gesetzt.

Ökonomisch erzeugt der Verzicht auf die Förderung von energiesparenden, umweltschützenden und umweltsanierenden Investitionsvorhaben in den neuen Bundesländern einen verheerenden Investitionsstau. Umweltinvestitionen sind vor allen Dingen in hochbelasteten Industrieregionen der neuen Bundesländer Vorbedingungen für private Investitionen. Die neuen Bundesländer müssen als Industriestandort gesichert werden; Umweltinvestitionen werden der Entindustrialisierung vorbeugen.

Die Aufrechterhaltung der Umweltinvestitionen im bisherigen Umfang ist auch notwendig wegen ihrer multiplikativen Wirkung auf die Staaten Mittel- und Osteuropas. Das von allen Parteien gemeinsam verfolgte Ziel, aus den ökologisch belasteten Gebieten Musterregionen zu entwickeln, an denen demonstriert werden kann, wie mit modernsten Techniken ehemals belastete Gebiete in moderne Industriestandorte überführt werden können, ist von unschätzbbarer Bedeutung. Auch wenn die osteuropäischen Länder heute noch nicht zahlungsfähig sind, so muß doch die Zeit genutzt werden, um langfristige Zukunftsvorsorge auch mit Blick auf zukünftige Aufträge aus Osteuropa zu treffen.

- b) Angesichts der Größe des Problems können die hier vorgesehenen Mittel nur Anstoßcharakter haben: Allein für die Sanierung der Gift-Altlasten und die Nachrüstung der alten Industrien mit Umwelttechnik benötigen die neuen Länder nach Schätzungen des IFO-Instituts mindestens 200 Mrd. DM. Damit die neuen Länder nicht ökologisches Notstandsgebiet der Bundesrepublik Deutschland bleiben, müssen deshalb als erster Schritt vordringlich die oben angeführten Projekte durchgeführt werden.

Zur Sicherung des Industriestandorts „Neue Bundesländer“ gehört auch eine hohe Umweltqualität. Nur anspruchsvolle Umweltschutz- und Sanierungspolitik bewirken einen positiven Strukturwandel und schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze.

- c) Wegen des fehlenden Planungsvorlaufs in den östlichen Bundesländern muß das ZIP in der Anfangsphase verstärkt auf das Instrument der Investitionspauschale aufbauen. Dieser pauschalisierte Förderungsteil wird dann schrittweise zugunsten einer Projektförderung reduziert.

Die ostdeutschen Kommunen und Landkreise verpflichten sich, diese Mittel ausschließlich in ihrem Vermögenshaushalt zugunsten der benannten Infrastrukturmaßnahmen auszugeben, sie jedoch nicht dem konsumtiven Bereich zuzuführen. Sie verpflichten sich ferner, bei der Auftragsvergabe Unternehmen zu berücksichtigen, welche garantieren, daß sich die positiven

Beschäftigungseffekte in den fünf neuen Bundesländern konzentrieren.

Zur Aufkommenseite:

- a) Zur Finanzierung des ZIP hat die SPD neben notwendigen Einsparungen Einnahmeverbesserungen vorgeschlagen, insbesondere durch Einführung einer Arbeitsmarktabgabe und die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags in Form einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende. Vordringliches Ziel der ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft ist jedoch auch die Steigerung der Energieeffizienz. Dies ist ökologisch wie ökonomisch sinnvoll. Eine schrittweise Anhebung der Energiepreise ist deshalb im Rahmen eines ökologischen Modernisierungskonzeptes nur konsequent und wurde zuletzt vom Prognos-Institut für die Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich empfohlen.

Volkswirtschaftlich bedeutet eine derartige Strategie zur Steigerung der Energieeffizienz bzw. zur Energieeinsparung, daß auf der Importseite eine Entlastung entsteht, der auf der Gegenseite Investitionen in Energiesparmaßnahmen gegenüberstehen. Anders ausgedrückt: Eine Steigerung der Energieeffizienz bedeutet eine Substitution von Importen durch Investitionen, was im Ergebnis einen positiven Beschäftigungseffekt und innovative Impulse im Inland auslöst.

- b) Die Steuerstruktur in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt sich seit Jahren in ökologisch unverträglicher Richtung:
- Der Anteil der Lohn- und Einkommensteuern am gesamten Steueraufkommen stieg zwischen 1970 und 1989 von 33 auf 40,5 vom Hundert.
 - Im gleichen Zeitraum fiel der Anteil der Energiesteuern von 9,6 auf 7,1 vom Hundert.
 - Die Mehrwertsteuer pendelt zwischen 24 und 25 vom Hundert am gesamten Steueraufkommen.

Aus diesen Gründen müssen im Rahmen einer Reform des Steuersystems unter ökologischen Gesichtspunkten eine Erhöhung der Mineralölsteuer sowie im europäischen Rahmen eine allgemeine Energiesteuer erwogen werden.

